

Antrag

**der Abgeordneten David Erkalp, André Trepoll, Dennis Gladiator,
Dennis Thering, Prof. Dr. Götz Wiese, Dr. Anke Frieling (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburgs Wochenmärkte retten!

In keiner Stadt Deutschlands gibt es so viele Wochenmärkte wie in Hamburg. Die Hamburgerinnen und Hamburger genießen das bunte Treiben und die lebendige Atmosphäre auf einem der 60 Wochenmärkte, die in allen Bezirken Hamburgs teils mehrfach wöchentlich stattfinden.

Für viele Kunden ist die persönliche Beziehung zu ihrem Marktbesucher ebenso wichtig wie die Fülle der Produkte, die häufig auch aus der Region stammen. Wochenmärkte sind daher nicht nur ein Treffpunkt für Jung und Alt, sondern auch ein ganz zentraler Baustein der lokalen und einer zunehmend nachhaltigeren Wirtschaft. Doch Händler in ganz Hamburg schlagen Alarm. So beklagt „Kräuter-Malte“, der seit 17 Jahren seine Gewürzgewächse auf dem Isemarkt verkauft, dass immer neue Vorschriften und Auflagen ihm und seinen Kollegen das Leben erheblich erschweren: „Für ihre Zukunft sieht Malte Jahn schwarz: „In diesem Jahr haben auf dem Isemarkt schon fünf Obst- und Gemüsehändler aufgegeben. Es finden sich keine Nachfolger mehr, die bereit sind, den ganzen Bürokratie-Irrsinn mitzumachen. Sechs neue Vorschriften gab es allein 2023! Früher habe ich einen halben Tag pro Woche Büro gemacht, heute brauche ich zwei.““, berichtet die „Hamburger Morgenpost“ in ihrer Ausgabe vom 6. Juni 2023. Ob die ab 2024 geltende Maut-Gebühr für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen, die Pflicht zur manipulationssicheren Kasse, Pfandnachweise, die Vorgaben aus der Verpackungsverordnung „LUZID“ oder zahlreiche Dokumentationspflichten, um nur einige Beispiele zu nennen, der Aufwand wird sowohl in finanzieller als auch in zeitlicher Hinsicht immer höher, die Wirtschaftlichkeit immer geringer. Aus diesem Grund befürchtet auch Wilfried Thal vom Bundesverband der Marktkaufleute, dass durch die Masse an Auflagen das regionale Kleingewerbe auf Dauer vernichtet wird.

Insbesondere auf Wochenmärkten in sozial schwächeren Stadtteilen besteht auch nicht die Möglichkeit, die gestiegenen Kosten durch höhere Preise an die Kunden weiterzureichen, da sich diese in Anbetracht der ohnehin massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten keine weiteren Preissteigerungen leisten können.

Um den Hamburgerinnen und Hamburgern auch künftig den Bummel auf ihrem Wochenmarkt zu ermöglichen und deren exponierte Stellung im Wirtschaftsgefüge der Freien und Hansestadt Hamburg zu verfestigen, ist es unerlässlich, zumindest die Auflagen und Vorgaben, die nicht auf EU-Verordnungen basieren, mit dem Ziel einer Entbürokratisierung kritisch zu prüfen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die seit Jahren stetig verschärften Auflagen und Vorgaben kritisch zu überprüfen und, wo möglich, aufzuheben;

2. sich auf Bundesebene im Rahmen des Programms zum Bürokratieabbau dafür einzusetzen, dass die Vorschriften, die den Marktkaufleuten das Leben erschweren, überprüft und, wo möglich, aufgehoben werden;
3. Fördermöglichkeiten zu prüfen, die dem Marktsterben entgegenwirken könnten;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2023 zu berichten.